

Einleitung

Zwei markante Ereignisse bilden die Eckpunkte dieses dritten Bandes der CDU-Bundesvorstandsprotokolle: Der einzigartige Wahlerfolg der Union bei den Bundestagswahlen 1957 und der Bau der Mauer in Berlin am 13. August 1961, „die Stunde der großen Desillusion“ in der Wiedervereinigungspolitik – so Heinrich Krone in seinem Tagebuch¹.

In den vier Jahren zwischen diesen Zäsuren vollzogen sich tiefreichende innen- und außenpolitische Entwicklungen, die entsprechend auch einen Niederschlag in den Lageberichten des Parteivorsitzenden und den z.T. kontrovers geführten Diskussionen finden. Um nur einiges davon zu nennen: die Veränderung des weltpolitischen Stellenwerts der deutschen Frage, die lange Spannungsperiode nach dem Berlin-Ultimatum der Sowjetunion vom November 1958, der Verlust der Kolonien und der Weltgeltung Frankreichs und Großbritanniens bei gleichzeitiger Zunahme des wirtschaftlichen und politischen Gewichts der Bundesrepublik, die unerwartete Wahl Kennedys in den USA, der beginnende Prozeß der europäischen Einigung, die Instabilität der französischen Republik, die Regierungsübernahme de Gaulles und die deutsch-französische Annäherung und Aussöhnung, die Aufgabe marxistischer Vorstellungen durch die SPD und ihre Zustimmung zur westlichen Bündnispolitik, der ökonomische Modernisierungsprozeß, verbunden mit erheblichen Anpassungsproblemen, der soziale Strukturwandel, der zu einem tiefgreifenden Bewußtseins- und Wertewandel, einer einschneidenden Änderung der Lebensformen und der traditionellen Sozialmilieus führte, fortschreitende Säkularisierung, steigender Wohlstand mit zunehmendem Materialismus, schärfere Artikulation und Durchsetzung von Gruppeninteressen, eine sich verändernde Medienlandschaft. Nicht zuletzt sah sich die Bundesrepublik jener Jahre auch von der deutschen Vergangenheit, der Zeit des Dritten Reichs, eingeholt; so hatte sich der Vorstand z.B. intensiv mit dem Fall Oberländer zu beschäftigen.²

Im September 1957 war es erstmals in der Geschichte deutscher Parlamente einem Parteibündnis gelungen – der CDU mit ihrer bayerischen Schwester, der CSU –, in freien Wahlen die absolute Mehrheit der Stimmen zu erringen – ein Höhepunkt in der noch jungen Geschichte der Union, die kaum zwölf Jahre zuvor in Regionalparteien entstanden war und sich erst 1950 als Bundespartei konstituiert hatte. Die totale Katastrophe des Zweiten Weltkriegs lag noch nicht lange zurück;

1 Eintrag vom 18. August 1961 (ACDP I-028-069/2) – Druck: Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954-1969. In: Adenauer Studien III. Hg. von Rudolf MORSEY und Konrad REPGEN. Mainz 1974 S. 162.

2 Vgl. dazu neuerdings Manfred KITTEL: Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer. Berlin 1993.

im „Chaos Deutschland“³ gelang eine beispiellose Aufbauleistung. Der Wahlerfolg offenbarte das Vertrauen, das die Bevölkerung in die von der Union seit 1949 geprägte politische Entwicklung auch für die Zukunft setzte. Das Ergebnis war ein Zeichen für die in kurzer Zeit erreichte Konzentration des Parteiensystems der Bundesrepublik. Die Erinnerung an die Weimarer Republik lag für die meisten der bundesrepublikanischen Politiker und auch für die Wähler noch nicht in weiter Ferne; die erste deutsche Demokratie war bereits nach vierzehn Jahren gescheitert, weil das Parteiensystem derart zersplittert und von extremen Kräften so dominiert war, daß für die demokratischen Parteien keine Mehrheitsbildung mehr möglich war. Nach den ersten Bundestagswahlen 1949, acht Jahre zuvor, waren zwölf Parteiengruppierungen ins Parlament eingezogen; jetzt waren es nur noch vier – CDU/CSU, SPD, FDP sowie DP, wobei letztere die 5 %-Hürde nur durch die Hilfe eines Wahlbündnisses mit der CDU überwinden konnte.

Nicht ohne Grund war der Wahlkampf der Union unter dem Slogan „Sicherheit, keine Experimente“ geführt und gewonnen worden⁴, ein Slogan übrigens, den bereits 1932 die Zentrumspartei – in anderer Zeit und unter anderen Voraussetzungen – ohne durchschlagenden Erfolg benutzt hatte. Wofür stand dieser erfolgreiche Slogan? Außenpolitisch schien der Kurs der Union, westeuropäische Integration und Suche nach Sicherheit im westlichen Bündnis, „um den Frieden zu gewinnen“^{4a}, durch die Niederschlagung der Freiheitsbewegungen in Polen und Ungarn 1956 voll gerechtfertigt; die Bevölkerung jedenfalls hatte Vertrauen in Westbindung und Westintegration, die nicht nur eine positive wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit, sondern langfristig auch Erfolg in der nationalen Frage versprochen. Innenpolitisch wurde die Entwicklung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft seit Kriegsende von den Wählern positiv bewertet; dem von der Bundestagsmehrheit in der „Ära Adenauer“ durchgehaltenen Kurs stand keine erfolgversprechende Alternative gegenüber.

Und dennoch: Der bekannte Slogan war nicht nur eine offensive Verteidigung des eingeschlagenen Weges, nicht nur der kategorische Imperativ für die Fortsetzung des Erfolgskurses, er deutete auch auf innen- wie außenpolitische Veränderungen und Entwicklungen hin, die das Ende der Nachkriegszeit mit ihren miserablen Lebensverhältnissen ankündigten. Die Steigerung des Lebensstandards, das sich schnell ausbreitende Konsumdenken, die Verkürzung der Arbeitszeit usw. zeugten von einem tiefgreifenden Strukturwandel, auf den eine Parteiführung unbedingt reagieren mußte. Schon 1956 hatte der Parteivorsitzende und Bundeskanzler im Bundesvorstand warnend auf die gesellschaftliche Erosion hingewiesen, die alles Erreichte in Frage stellen könne, wenn sie aus dem Ruder laufe.⁵ Früher als die meisten Vorstandsmitglieder spürte Adenauer, daß die überkommenen gesellschaftlichen Strukturen und Wertvorstellungen aus

3 Nr. 9 S. 401.

4 Dazu PROTOKOLLE 2 S. XXI.

4a Nr. 22 S. 1024

5 Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 845.

Kaiserreich, Weimarer Republik und der durch Kriegs- und Nachkriegsnot zusammengeschweißten „Volksgemeinschaft“ sich in einem schleichenden Veränderungs- und Auflösungsprozeß hin zu einer pluralistischen Gesellschaftsordnung entwickelten.

Zwar konstatierte Adenauer zufrieden in der ersten Sitzung nach dem fulminanten Wahlerfolg, daß wegen des Zuspruchs der Bevölkerung und insbesondere der Jugend „eine erfreuliche Prognose für unsere Arbeit in der Partei“⁶ möglich sei. Daß er die Aufgabe des Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone, der nicht nur eine Fraktion von 270 Mitgliedern zusammenzuhalten, sondern 90 neue, unerfahrene Abgeordnete zu integrieren hatte, als besonders schwierig würdigte⁷, zeigt seinen Realitätssinn auch in der Stunde des Triumphes. Weitsichtig stellte er jedenfalls fest: „Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß wir nicht den geringsten Anlaß haben, auf unseren Lorbeeren auszuruhen“⁸; denn der Sieg bringe „natürlich auch eine ungeheure Last und Verantwortung mit sich“⁹. Damit sollte seine Partei auf zukünftige Aufgaben und Auseinandersetzungen eingeschworen werden. Als Realist fühlte Adenauer sich nach der Wahnacht weder „himmelhoch jauchzend“ noch „zu Tode betrübt“¹⁰. Sorgen machten ihm im Blick auf die Zukunft vor allem die geringe Resonanz der CDU und die Erfolge der Sozialdemokraten in den Kommunen, die möglichen Konsequenzen des „Wohlfahrtsstaats“, wirtschaftliche und außenpolitische Krisen sowie der von Osten drohende Materialismus, dessen Gefahren nach seiner Meinung „in keiner Weise genügend erkannt werden“¹¹.

Schon 1955 hatten ihm die Demoskopen im Umfeld seiner Moskaureise signalisiert, daß die wachsende positive Einstellung der Bevölkerung zur Sowjetunion und zur Koexistenz einen Perspektivenwechsel andeutete. Der „Kommunismus im Osten“ wurde „verbindlicher beurteilt“; die Sowjets, denen im Oktober 1954 noch eine überwiegend negative Einstellung entgegenschlug, gewannen „stimmungsmäßig Terrain“.¹²

Aus dieser Erkenntnis leitete der Parteivorsitzende zwei Folgerungen für seine Partei ab: Betonung und Festigung der programmatischen Basis der CDU sowie „Kampf gegen den dialektischen Materialismus, gegen den Einfluß von Sowjetrußland her“¹³. Die „vornehmste Aufgabe“ der Partei war und blieb ihm das Zusammenwachsen und die Zusammenarbeit der beiden christlichen Konfessionen und die Betonung des weltanschaulichen Fundaments, „des christlichen Erbes“, das besonders gepflegt werden müsse, um die Auseinandersetzung mit dem östlichen Materialismus mit ideellen und

6 Nr. 1 S. 4.

7 Nr. 1 S. 11.

8 Nr. 1 S. 8.

9 Nr. 1 S. 6.

10 Nr. 1 S. 40.

11 Nr. 1 S. 10.

12 Vgl. Umfragen des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 19. Juli und 20. Oktober 1955 (ACDP I-070-020/4).

13 Nr. 1 S. 10.

ethischen Mitteln führen und bestehen zu können. Vor diesem Hintergrund wandte sich Adenauer mit aller Entschiedenheit und Härte, zu der er fähig war, gegen jeden Ansatz von „Aufweichungstendenzen“ in der Deutschland- und Ostpolitik. Weil nicht alle Vorstandsmitglieder dieser harten Linie unbedingt folgen wollten, blieben überaus heftig geführte Kontroversen im Bundesvorstand nicht aus.

Bereits in der ersten Sitzung am 19. September 1957 deuteten sich unterschiedliche Erwartungen in der Deutschlandpolitik an. Bei der Frage, ob der Bundestag seine erste Sitzung nicht in Berlin abhalten solle, um ein Zeichen zu setzen, unter Würdigung der „respektablen Bescheidenheit“ in allen außenpolitischen Fragen¹⁴, hielt sich die Diskussion noch in Grenzen. Doch bereits in der zweiten Sitzung am 17. Januar 1958 traten die positionellen Unterschiede deutlich hervor. Die Diskussion über die „Methoden“ in der Deutschlandpolitik unterstreicht, daß die Linie des Parteivorsitzenden keineswegs stillschweigend akzeptiert und mitgetragen wurde, daß Adenauers Politik mitnichten unumstritten war, wie es manchmal scheinen könnte. Die Vorstandsmitglieder zählten – wie auch dieses Beispiel¹⁵ – nicht zu „des Kanzlers Chorknaben“¹⁶ oder zu den „true believers“¹⁷.

Schon in der zweiten Legislaturperiode, bei den Auseinandersetzungen um die Saarfrage und vor allem während des tiefen Tals, das der Kanzler 1956 durchzustehen hatte, war er auf Gegenwind gestoßen. Damals, auf dem Parteitag in Stuttgart, hatten Parteifreunde versucht, ihn in einen größeren Vorstand einzubinden, ein Unterfangen, das letztlich mißlang, weil die Ereignisse in Ungarn und die Rentengesetzgebung eindrucksvolle Bestätigungen des von Adenauer eingeschlagenen innen- und außenpolitischen Weges waren. Zudem war die Partei 1957 wie in jedem Wahljahr zur Ruhe und Geschlossenheit verurteilt; unter der Oberfläche rumorte es allerdings weiter. Die vorstandsinternen Konflikte häuften sich in der dritten Legislaturperiode und waren sowohl in sachlicher wie persönlicher Hinsicht, in Ton wie in Inhalt schärfer und heftiger als jemals zuvor.

Am 17. Januar 1958 im Bericht zur Lage, den Adenauer stets als „Führungsinstrument“ und zur Vorstrukturierung der Sitzungen nutzen konnte, bedauerte er unter anderem, daß die Sowjetunion nicht bereit sei, Pläne zur kontrollierten Abrüstung zu akzeptieren, die er als wichtige Etappe auf dem Weg zur Wiedervereinigung betrachtete. Bulganins Vorschlag einer Konföderation zwischen DDR und Bundesrepublik sei „völlig unannehmbar“; denn eine Realisierung verfestige den Status quo auf eine nicht zu bemessende Zeit.¹⁸ Auch Vorstellungen Carlo Schmidts (SPD), selbst kleine Fortschritte nicht zu verachten, um überhaupt voranzukommen und die erkennbare Stagnation zu überwinden, bedeuteten ihm, „die Frage der Wiedervereinigung bis

14 So Johann Baptist Gradl Nr. 1 S. 18.

15 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. XXIIIff.; PROTOKOLLE 2 S. IX-XX.

16 Dazu PROTOKOLLE 1 S. XX.

17 EBD. S. XXIII.

18 Nr. 2 S. 92.

auf weiteres auf Eis zu legen ... Darüber bin ich im tiefsten Innern so empört.“¹⁹ Die Quintessenz lautete für ihn: „Ich denke, wir sind uns alle darüber klar, daß die einzige Rettung für Deutschland darin besteht, daß wir energisch und hart und fest bleiben“, denn sonst würden „wir eben unterjocht werden wie die Polen, die Tschechen und unsere Menschen in der Sowjetzone“²⁰.

Der starke Beifall, der seine Ausführungen begleitete, konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht alle Vorstandsmitglieder uneingeschränkt dieser harten Linie zu folgen bereit waren. Nach der Maxime, Offensive sei nicht nur die richtige Form im Wahlkampf, sondern auch im Parteivorstand²¹, wagte Gerstenmaier „aus Redlichkeit der Gesinnung und aus Loyalität“²² zu widersprechen. Bei aller Übereinstimmung mit der Grundbeurteilung der Situation meinte er doch, man solle auch die „Erwägung eines neuen taktischen oder methodischen Verhaltens“ mit ins Kalkül ziehen²³, um „die Russen aus der billigen Friedensgeste und Friedenspropaganda herauszubringen“²⁴; sie müßten ihre vorgebliche Friedensliebe am Verhandlungstisch unter Beweis stellen. Ein solcher politischer Ansatz könne nicht dadurch diskreditiert werden, daß man damit einem „Aufweichungsprozeß“ Vorschub leiste. Eben dies war die argumentatorische Keule, mit der Adenauer derartige Überlegungen stets aus dem Weg zu räumen suchte.²⁵

Tatsächlich ging es um mehr als um einen vordergründigen Methodenstreit; es ging um die Meinungsführung in der Öffentlichkeit. Auch Profilierungsgelüste für eine mögliche Kanzlernachfolge mögen eine Rolle gespielt haben, obwohl Gerstenmaier seine Chancen nicht allzu hoch ansetzen konnte, galt er doch – was ihm wohl nicht verborgen blieb – nicht nur in der Fraktion als unbeherrscht, unbeliebt und ungeschickt²⁶. Gerstenmaier gab mit seinen von Adenauer heftig angefeindeten Ausführungen nicht nur einem verbreiteten Bedürfnis nach Bewegung und mehr Flexibilität in der Deutschlandpolitik Ausdruck; er stellte damit gleichzeitig Adenauers Grundsatz in Frage, die Deutschlandfrage durch ein starres Festhalten an der Viermächteverantwortung einer Lösung näherzubringen. Gerade an dieser Verantwortung wie auch am Viermächtestatus für Berlin wollte Adenauer auch nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen.²⁷

19 Nr. 2 S. 95.

20 Nr. 2 S. 95.

21 Nr. 2 S. 69.

22 Nr. 2 S. 105.

23 Nr. 2 S. 96.

24 Nr. 2 S. 106.

25 Nr. 2 S. 103; vgl. auch Nr. 2 S. 87-89, Nr. 3 S. 161, Nr. 7 S. 266, S. 268, Nr. 12 S. 583f.

26 So Adenauer gegenüber Heuss am 29. Oktober 1958 (vgl. Theodor Heuss: Tagebuchbriefe 1955/1963. Stuttgart 1970 S. 359).

27 Vgl. auch Nr. 8 S. 376; zum folgenden: Peter SIEBENMORGEN: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik. Bonn 1990.

Andere CDU-Politiker – wie Osterloh, Blankenhorn oder von Eckardt – beschäftigten sich ebenfalls mit Überlegungen, wie sie Gerstenmaier zur Diskussion stellte. Wenige Tage später kam es auch im CDU/CSU-Fraktionsvorstand zu einem Krach über dieses Problem. Adenauer hätte also wissen müssen, daß seine Parteifreunde nicht ohne Grund ihre Vorstellungen artikulierten, sondern daß ihre Interventionen der naheliegenden Sorge entsprangen, durch allzu große Härte werde dem Vorwurf der Inflexibilität Vorschub geleistet und den innenpolitischen Gegnern in der öffentlichen Meinung zu leicht das Feld überlassen. Dennoch war er konsterniert, als Gustav Heinemann (SPD) und Thomas Dehler (FDP) in der Nachtsitzung des Bundestages am 23. Januar 1958 massive Zweifel an der Ernsthaftigkeit seiner Wiedervereinigungspolitik äußerten; jedenfalls blieb er in dieser Debatte stumm.²⁸ Der Eindruck in der Öffentlichkeit und vor allem in der veröffentlichten Meinung war nachhaltig negativ²⁹; mit dem Appell an die Geduld in der Wiedervereinigungsfrage war der verbreiteten Forderung nach einer „Politik in einem neuen Gewande“³⁰ nicht zu begegnen, so richtig im Rückblick der von Adenauer angemahnte lange Atem auch gewesen sein mag³¹.

Immer wieder war es die Deutschlandpolitik, die zu Differenzen führte, wobei Adenauer stets größten Wert darauf legte, daß der Vorstand nicht im Dissens auseinanderging³². Ähnlich wie Gerstenmaier versuchte auch Kiesinger, durch ein flexibleres Verhalten das Verhältnis zur Opposition auf dem Feld der Deutschlandpolitik zu entkrampfen.³³ Auslöser bei einem erneuten Streit in der Sitzung vom 27. November 1958 war die Frage, was denn dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages und dem Parlament selbst an Spielraum zur eigenen Artikulation erlaubt sei und was nicht. In der Entschließung vom 2. Juli 1958 hatte der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, die Siegermächte zu einem Gremium zu animieren, das Vorschläge für die „Lösung der Deutschen Frage“ (statt „Wiedervereinigung Deutschlands“) ausarbeiten sollte. Adenauer befürchtete, daß die Aufgabe der traditionellen Formulierung, d.h. die „elastischere Methode“, für die Kiesinger eintrat, um die Opposition in die Deutschlandpolitik einzubinden³⁴, zu einer Schwächung der Position der Bundesregierung

28 SCHWARZ: Bundesrepublik 2 S. 587.

29 Vgl. Manfred KITTEL: Genesis einer Legende. Die Diskussion um die Stalin-Noten in der Bundesrepublik 1952-1958. In: VfZ 41 (1993) S. 355-389; Gerhard WETTIG: Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten des russischen Außenministeriums. In: Deutschland-Archiv 26 (1993) S. 786-805.

30 Nr. 3 S. 161.

31 Dazu Joachim ARENTH: „Wenn der Westen einig und stark ist ...“ Deutsch-amerikanische Interessenskongruenz und -konflikte während der Berlin-Krise 1958-1961. In: Historische Mitteilungen 1 (1993); eine Alternative zu dieser Politik konnten die von Rainer ZITELMANN (Demokratie für Deutschland. Berlin 1993) aufgeführten Protagonisten für eine andere Deutschlandpolitik jedenfalls nicht bieten.

32 Z.B. Nr. 2 S. 102.

33 Dazu auch SCHWARZ: Bundesrepublik 2 S. 60f.

34 Nr. 7 S. 316f.

gegenüber der Sowjetunion führen würde, die soeben das Berlin-Ultimatum gestellt hatte. Verhandlungen unter Druck zu führen, lehnte er entschieden ab, und alles, was auch nur im entferntesten die Prärogative des Kanzlers in Frage stellen konnte, traf auf seinen erklärten Widerstand. Daß er bei der Abwehr derartiger Tendenzen auch unlautere Methoden einsetzte, stellte er in der Auseinandersetzung am 27. November 1958 unter Beweis, die im Vorwurf Kiesingers gipfelte: „Sie reden dauernd von Dingen, die nicht stimmen!“ Was Adenauer zu der scharfen Replik veranlaßte: „Nun hört es aber wirklich auf!“.³⁵ Da er in der Sache seine Vorwürfe „gegen einige wenige Mitglieder von uns“³⁶ aber nicht spezifizieren konnte, lenkte er schließlich ein.

Den Anlaß zu der bei weitem schärfsten Kontroverse über die Deutschlandpolitik im Bundesvorstand bildete die letzte Sitzung des Bundestags am 11. Juli 1961. Anlaß dazu gab wieder einmal Eugen Gerstenmaier, der in seiner Abschlußrede als Bundestagspräsident auch auf die Deutschlandpolitik einging. Die Rede – mit lang anhaltendem Beifall vom ganzen Hause bedacht – erregte großes Aufsehen. In der Führungsschicht der CDU traf sie allerdings auf heftige Kritik, vor allem bei Adenauer und Brentano.

Die Ausführungen des Bundestagspräsidenten bezogen sich auf die Denkschrift Chruschtschows, die Anfang Juni 1961 in Wien dem amerikanischen Präsidenten übergeben worden war. Die Sowjets hatten darin vorgeschlagen, die beiden deutschen Staaten sollten sich „in jeder für sie annehmbaren Form über Fragen einigen, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen“³⁷. Zwar formulierte Gerstenmaier sein Plädoyer für einen Friedensvertrag „mit dem einen Deutschland“ sehr zurückhaltend; er betonte in seiner Rede aber auch die Notwendigkeit einer Einigung über den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands und über die Frage der Grenzsicherung, was bei SPD und FDP auf Gefallen stieß.

Eine derartige Gemeinsamkeit mit der Opposition hätte der CDU – so Adenauer – im bevorstehenden Wahlkampf überzeugende Argumente gegen die sozialdemokratische Sicherheitspolitik entzogen. In einer sich über Stunden hinziehenden heftigen Auseinandersetzung, in der dem Bundestagspräsidenten sogar ein Verstoß gegen das Grundgesetz³⁸ und Schädigung der Union im Wahlkampf³⁹ vorgeworfen wurde, lenkte Gerstenmaier schließlich ein. Man einigte sich auf die Formulierung: „Der Vorstand bekannte sich einstimmig zu der bisherigen Außenpolitik der Bundesregierung und zur Notwendigkeit einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung ... Zusammen mit unseren Verbündeten widersetzen wir uns jeder Bedrohung Berlins und jeder Einschränkung

35 Nr. 7 S. 321.

36 Nr. 7 S. 326.

37 Zit. nach GERSTENMAIER S. 446; zum folgenden EBD. S. 446-451; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 649f.

38 So Adenauer Nr. 21 S. 963.

39 So Hermann Kopf Nr. 21 S. 970.

seiner Rechte. Wir bestehen auf dem Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk.“⁴⁰

Während Adenauer sich in der Öffentlichkeit gegenüber den Plänen der Opposition⁴¹ ablehnend verhielt und im Bundesvorstand allen Vorstellungen, die ein flexibleres Vorgehen verlangten, eine Abfuhr erteilte, weil er in der deutschen wie internationalen Öffentlichkeit eine Aufweichung der Forderung nach Wiedervereinigung durch zu große Nachgiebigkeit gegenüber den Sowjets befürchtete, versuchte er – sozusagen zweigleisig – auf dem Wege der Arkanpolitik die deutsche Frage in Bewegung zu halten und ihr neuen Schub zu geben. Davon zeugen die verschiedenen Pläne, die mit seinen Vertrauten von Eckardt, Globke und Krone ausgearbeitet wurden. Zu ihnen zählt auch der sogenannte Österreich-Plan, den er im März 1958 dem sowjetischen Botschafter Smirnow unterbreitete.⁴² Im Vorstand wurden diese Pläne aber nie auch nur mit einer Silbe erwähnt.

Nicht nur in der Öffentlichkeit entstand dadurch der Eindruck zu großer Starrheit. In der letzten Vorstandssitzung, die nach dem Mauerbau kurzfristig anberaumt worden war, spielte die Psychologie in der Behandlung der nationalen Frage eine wesentliche Rolle. Insbesondere die Berliner Vertreter merkten an, daß in der Bevölkerung das Gefühl verbreitet sei, nunmehr sei das nationale Anliegen der Wiedervereinigung ad acta gelegt.⁴³ Es bestehe das „Gefühl einer nationalen Verletztheit“ und ein „Gefühl der Angst“; Willy Brandt habe mit seinem Eintreten für die Einheit Berlins und Deutschlands eine Art Gefühlspolster in der Öffentlichkeit gewonnen.⁴⁴

Die CDU wie ihr Parteivorsitzender und Kanzler befanden sich in der Defensive; da nützte es wenig, daß Wortführer wie Gerstenmaier und Kiesinger ein Eingehen auf die öffentliche Befindlichkeit angemahnt hatten. Es wurde gefragt, warum der Kanzler so spät nach Berlin gefahren sei⁴⁵, und kritisch bemerkt, es habe „Direktionslosigkeit“ nach dem 13. August geherrscht⁴⁶. Adenauer setzte diesen Einlassungen Nüchternheit und seine langfristige weltpolitische Perspektive entgegen; eine absolute Einigkeit im Westen sei „der beste Schutz gegen die Russen“⁴⁷. Die bisherige Politik müsse fortgesetzt werden, „damit Deutschland in Wahrheit gerettet wird“⁴⁸. Auch für Franz Josef Strauß war der Mauerbau nur eine Etappe „in dem großen Ost-West-Kampf“⁴⁹, nicht aber die Bankrotterklärung der bisherigen Deutschlandpolitik.⁵⁰

40 Nr. 21 S. 1002f.; UiD vom 13. Juli 1961.

41 Nr. 10 S. 439.

42 Vgl. dazu SCHWARZ: Bundesrepublik 2 S. 425-427, 477-479.

43 So Peter Lorenz Nr. 22 S. 1031.

44 So Johann Baptist Gradl Nr. 22 S. 1041.

45 So Wilhelm Johnen Nr. 22 S. 1011.

46 So Klaus H. Scheufelen Nr. 22 S. 1047.

47 Nr. 22 S. 1044.

48 Nr. 22 S. 1062.

49 Nr. 22 S. 1018.

50 Nr. 22 S. 1018.

Nicht nur in der Deutschlandpolitik erwies es sich für Adenauer als zunehmend schwieriger, den Bundesvorstand als Disziplinierungsinstrument für die Gesamtpartei zu gebrauchen. Sicherlich blieb der Bundesvorsitzende weiterhin darum bemüht, seine Sicht der Dinge so zu vermitteln, daß die anwesenden Mitglieder nach „Information und Meinungsklä rung“⁵¹ mit dem Gefühl in ihren Wirkungskreis zurückkehren konnten, aus erster Hand informiert worden zu sein und im Konsens mit der Parteiführung in ihre Landesverbände und in die Bundestagsfraktion hineinwirken zu können.

Doch nicht nur in so zentralen Fragen deutscher Politik wurden grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten im Parteivorstand deutlich. Ein weiteres Konfliktfeld war die Medienpolitik und hier vor allem der sogenannte Fernsehstreit. Er offenbarte vor aller Öffentlichkeit, wie mühsam und problematisch es war, das Parteienbündnis von CDU und CSU mit der absoluten Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat auf eine einheitliche Linie einzuschwören. Eine besondere Rolle spielte dabei, daß die Ministerpräsidenten der Union, bis auf Franz Meyers in Nordrhein-Westfalen, Koalitionsregierungen vorstanden und insoweit auf ihre Koalitionspartner Rücksichten zu nehmen hatten.

Adenauer war sich der Bedeutung der Medien für die Vermittlung der Politik der Bundesregierung sehr bewußt. Deshalb legte er auf die Pflege der Journalisten großen Wert.⁵² Gleichwohl durchziehen die Protokolle des Bundesvorstands von Anfang an Klagen über die der CDU und der von ihr geführten Regierung wenig freundlich gesonnenen Presse- und Rundfunkkommentare. Dieses Meinungsklima zu verbessern, war ein Ziel, das unbedingt erreicht werden mußte. Als günstiges Operationsfeld schien sich das neue elektronische Medium, das Fernsehen, anzubieten, dessen weitere Entwicklung für die Meinungsbildung hoch eingeschätzt wurde.⁵³ Im Zusammenhang mit einer Fernsehsendung zum Thema „Mieterhöhungen und Wohnungsbau“, die von ca. sieben bis acht Millionen Zuschauern gesehen worden war, meinte Adenauer: „Es ist also ein politisches Instrument von der größten Bedeutung, so daß man sagen kann, es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß die nächste Wahl entschieden wird durch die Fernsehsendungen und nicht durch die Reden und auch nicht durch die geleistete Arbeit, weil man mit dem Fernsehen wirklich an die Menschen herankommt.“⁵⁴ 1957 überschritt die Zahl der angemeldeten Fernsehgeräte die Millionengrenze.

Aufgrund ihrer dominierenden Stellung im Bundestag und Bundesrat konnte sich die Union eigentlich nur durch innere Uneinigkeit selbst lahmlegen und ihr medienpolitisches Ziel verfehlen, ein zweites Fernsehprogramm für die bessere Vermittlung der eigenen Positionen aufzubauen. 1958 traten die Beratungen über ein Bundesrundfunkgesetz und ein zweites Fernsehprogramm auf kommerzieller Basis in eine entscheidende Phase; die divergierenden Interessen des Bundes und der

51 Nr. 9 S. 402.

52 Vgl. dazu Konrad Adenauer und die Presse. Hg. von Karl-Günther von HASE. Bonn 1988.

53 So Adenauer Nr. 16 S. 762 – vgl. dazu KÜPPERS.

54 Nr. 17 S. 814.

Länder mußten auf einen Nenner gebracht werden. Erklärter Gegner einer zu starken Betonung der Zuständigkeit des Bundes war der rheinland-pfälzische Regierungschef Peter Altmeier, der seine Kollegen hinter sich scharen konnte. Ende 1959 spitzte sich die Auseinandersetzung schließlich auf die Frage zu, ob Medienpolitik mehr nach föderalistischen Grundsätzen betrieben werden solle oder ob die Parteiräson oberste Priorität habe.

Als es schon fast zu spät war, beriet der Bundesvorstand erstmals am 9. November 1959 über das schwelende Problem. Altmeier merkte nicht ohne Bitterkeit an, daß über diese wichtige Frage, die zu einer „echten Auseinandersetzung in der Partei“ geführt habe, „die wir alle nicht wünschen“⁵⁵, seit Jahr und Tag nicht einmal diskutiert worden sei, „obwohl wir das immer wieder versucht haben“; jetzt sei es zu spät, ja, es stehe „nicht einmal fest, welche Haltung die CDU-Partei einnimmt“. Tatsächlich hatte, als die Frage im Jahr 1959 zur abschließenden Beratung anstand, der Bundesvorstand seit März erst einmal getagt, Folge wohl der „Präsidentschaftsposse“⁵⁶, in deren Verlauf Adenauer durch die Zu- und Absage seiner Kandidatur für die Nachfolge des Bundespräsidenten Heuss auch parteiintern viel Kredit verspielt hatte. Einer Diskussion seiner schwankenden Haltung, die sicherlich sehr kritisch behandelt worden wäre, wollte der Parteivorsitzende sich wohl nicht stellen und berief den Vorstand deshalb ein halbes Jahr lang erst gar nicht ein.⁵⁷

Adenauer reagierte auf die Ausführungen Altmeiers einerseits verschnupft; ihm war „die Sache nicht nur als Chef der Bundesregierung, sondern auch als Parteivorsitzender äußerst peinlich und äußerst unangenehm“⁵⁸. Andererseits griff er den Vorwurf Altmeiers, es gebe in einer so wichtigen Frage nicht genügend Abstimmung zwischen Bundesvorstand, Landesparteien und CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sofort auf und bot, offenbar in der Einsicht, mangelnde Koordination gefährde die Einheit seiner Partei und damit auch die Wahlaussichten, im Gegenzug an, von nun an „im Durchschnitt jeden Monat mindestens eine Vorstandssitzung abzuhalten“; an ihm solle es nicht liegen.⁵⁹ Obwohl er seine Zusage nicht ganz einhalten konnte, tagte von nun an das Gremium in regelmäßigen kurzen Abständen.

Die Differenzen in der Medienpolitik waren freilich mit diesem ersten Zusammenstoß nicht ausgeräumt. Am 6. Juli 1960, einer Sitzung des engeren Vorstands, der einzigen in den Jahren zwischen 1957 und 1961, von der eine Mitschrift existiert, gab Adenauer seiner Sorge um die Einigkeit der Partei beredten Ausdruck: Er werde geradezu „bitter“⁶⁰, denn „die CDU erscheine nicht als eine geschlossene, zielbewußte Partei, sie erscheine breiten Schichten des deutschen Volkes als eine Gruppe, in

⁵⁵ Nr. 10 S. 518.

⁵⁶ Dazu SCHWARZ: Bundesrepublik 2 S. 502-526.

⁵⁷ Mögliche Erwartungen auf die Spiegelung der Kandidatur und den Rückzieher in den Protokollen müssen somit enttäuscht werden.

⁵⁸ Nr. 10 S. 521f.

⁵⁹ Nr. 10 S. 522f.

⁶⁰ Nr. 15 S. 706f.

der sich bald so, bald so eine Mehrheit findet, in der alle möglichen Lobbyisten tätig sind“⁶¹. Wesentlichen Anteil an diesem miserablen Erscheinungsbild hätten die Ministerpräsidenten der CDU, die sogar eine Klage gegen die Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht anstrebten.⁶²

Tatsächlich lagen die Dinge etwas anders: Auf Initiative Adenauers hatte der Bund im Juli 1960 eine „Deutschland-Fernseh-GmbH“ gegründet, worauf die SPD-regierten Länder das Karlsruher Gericht anriefen, das die Auflösung dieses Bundesfernsehens verfügte. Nun waren Adenauers Klagen über die Eigenständigkeit der Länder gegenüber dem Bund und der Landesverbände der CDU gegenüber der Bundespartei so alt wie die Bundesrepublik selbst; dennoch hatte er noch nie in so scharfer Form gegen den Föderalismus und gegen die CDU-Ministerpräsidenten Front gemacht wie in dieser Sitzung. Die „Brüskierung des Bundeskanzlers“ sei so, daß man „dies nicht mehr Partei nennen könne“.⁶³

Wie sehr die Fernsehfrage die Gemüter erregte, zeigte sich erneut am 22. September 1960, als Adenauer zu schweren Ausfällen gegen den deutschen Föderalismus und die unbotmäßigen Landesfürsten provoziert wurde. Nicht nur, daß er der Partei vorwarf, in diesem Streit ihr Gesicht zu verlieren⁶⁴, er bezichtigte den Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Josef Hermann Dufhues, sogar, beim „Kampf um die Einheit der Partei ein Hauptgegner“ zu sein⁶⁵. Dieser Frontalangriff auf ein führendes Parteimitglied, das sich solche Behandlung natürlich nicht gefallen ließ, vergiftete die Atmosphäre so sehr, daß sogar ein Ehrengerichtsverfahren zur Debatte stand.

Auch in anderen Sachfragen kam es zu heftigem Streit. Im Textil-, Energie- wie im Agrarbereich vollzogen sich in den fünfziger Jahren gewaltige strukturelle Veränderungen. Die ehemals blühende Textilindustrie mußte sich der harten, weil preiswerteren Konkurrenz aus Frankreich, Italien und vor allem Ostasien erwehren. Der Modernisierungsschub in der Landwirtschaft durch Einsatz von Technik, Flurbereinigungen, verbesserte Züchtungs- und Düngemethoden führte zu erheblichen Produktionssteigerungen, aber auch zum Abbau von Arbeitskräften. Die freigesetzten Arbeitskräfte – ob aus der Landarbeiterschaft oder aus aufgegebenen Kleinbetrieben – konnten zwar relativ problemlos von der expandierenden Wirtschaft aufgenommen werden. Schwierigkeiten ergaben sich aus der Subventionierung der gegenüber dem Weltmarkt höheren Preise und aus der Forderung nach „Parität“, d.h. einer Angleichung des Einkommensniveaus des primären an den sekundären bzw. tertiären Sektor. Doch spielten diese Entwicklungen im CDU-Bundesvorstand eher eine nachgeordnete Rolle.

61 Nr. 15 S. 707.

62 Nr. 15 S. 708.

63 Nr. 16 S. 748.

64 Nr. 17 S. 815.

65 Nr. 17 S. 816.

Anders der Energiebereich, bei dem es um den Prozeß der Ablösung der Kohle durch den neuen Energieträger Erdöl ging. Aufgrund niedriger Preise schnellten die Öleinfuhren binnen kurzem kräftig in die Höhe. Die Kohle geriet in Absatzschwierigkeiten; trotz sinkender Förderung wuchsen die Halden. Auch hier wurden Arbeitskräfte freigesetzt, was aber weniger geräuschlos vonstatten ging als im Agrarbereich.

Über die Frage, wie denn dieser Strukturwandel am besten zu bewältigen sei, prallten im Bundesvorstand am 27. November 1958 die Meinungen und Interessen aufeinander. Adenauer befürchtete für die Bundesrepublik durch den starken Anstieg eines Energieträgers aus fernen Ländern eine gefährliche politische Abhängigkeit. Mehr noch aber machte er sich Sorgen um potentielle Unruhen im Ruhrgebiet mit nachteiligen Auswirkungen auf das Wahlverhalten, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Land. Aus diesem Grund trat er für massive Stützungsmaßnahmen der Kohle ein. Hiermit geriet er jedoch in Konflikt mit dem Bundeswirtschaftsminister, der das von Adenauer angesprochene politische Problem nicht so in den Vordergrund gestellt sehen wollte. Erhard ging es um wirtschaftspolitische Grundsätze und um sein liberales Wirtschaftsprinzip; Adenauer hingegen war durchaus bereit, langfristige Nachteile in Kauf zu nehmen, um das tagespolitisch Opportune durchzusetzen und Ruhe an dieser unruhigen Front zu erreichen. Beide Seiten beharrten auf ihren Standpunkten, jeweils sekundierte von argumentationskräftigen Mitstreitern, so daß Adenauer zum Schluß der Debatte wieder einmal feststellen mußte: „Es sind manche harte Worte gefallen, gleichgültig von wem. Wir sind alle Sünder, und ich schließe mich persönlich ein. Wir sollten aber ängstlich besorgt sein, daß strengste Diskretion gewahrt bleibt. Wenn diese Äußerungen an die Öffentlichkeit kommen, dann ist es sehr schlecht.“⁶⁶

Weniger diskret ließ sich ein anderes Problem behandeln, das seit Jahren auf der Tagesordnung stand: die Krankenversicherungsreform. Als sich Mitte der zweiten Legislaturperiode abzeichnete, daß der große Wurf einer umfassenden Sozialreform nicht gelingen würde, hatte das „Sozialkabinett“, ein Ministerausschuß unter Leitung des Bundeskanzlers, im Dezember 1955 zunächst die Rentenversicherungsreform aus dem Paket herausgelöst und Anfang 1957 in Kraft gesetzt. Aber die Taktik, über Teillösungen ans Ziel zu gelangen, führte auch nicht zum Erfolg. Der zweite Pfeiler der angestrebten Sozialreform, die Krankenversicherungsreform, kam nicht zustande. Nach der Vorstellung Theo Blanks, des zuständigen Arbeitsministers, sollte die Einführung einer Selbstbeteiligung bei leichteren Krankheitsfällen die Kosten im Griff halten, um dafür die Leistungen bei schwereren Krankheitsfällen erhöhen zu können. Von Anfang an hatte es dieser Gesetzentwurf schwer, der „gesellschaftspolitisch ein anderes Denken herbeiführen sollte“⁶⁷, statt dessen aber „zwei Jahre lang die deutsche Innenpolitik buchstäblich vergiftet“ hat⁶⁸. Zwar passierte er das Kabinett und den

66 Nr. 7 S. 311; vgl. dazu auch KOERFER S. 381-391.

67 Nr. 17 S. 835.

68 Nr. 17 S. 841.

Bundesrat, im Bundestag und in den Ausschüssen aber blieb er hängen. Zu stark war der Widerstand der Ärzteschaft und der Arbeitnehmerorganisationen. Auch der Versuch, in der Sitzung des Vorstandes durch Einbeziehung der Experten aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den festgefahrenen Karren flottzumachen, blieb ohne Erfolg, obwohl Adenauer darauf hinwies, daß es sich bei der angestrebten Reform „um eine die Wahl im äußersten Maße entscheidende Frage“ handle⁶⁹. Heinrich Krone, der die Behandlung des Themas im Bundesvorstand angeregt hatte⁷⁰, um ein politisches Votum und Rückendeckung für die weiteren Schritte der Fraktion zu erhalten, konnte mit dem Ergebnis der Diskussion, die im wesentlichen nur von den Experten der Fraktion bestritten wurde, nur bedingt zufrieden sein. Der Vorstand billigte den in der Fraktion behandelten Kompromiß nur in Verbindung mit einer Lösung in der Frage der Lohnfortzahlung.⁷¹

Ähnlich wie in der Energiefrage zeigte sich der Kanzler und Bundesvorsitzende, den Albers, der Vorsitzende der CDU-Arbeitnehmerorganisation, im Jahr 1959 noch als den „größten Sozialpraktiker der letzten zehn Jahre“⁷² gefeiert hatte, in dieser innenpolitischen Frage den Zwängen der Tagespolitik und den sich allgemein immer schärfer artikulierenden Gruppeninteressen gegenüber nachgiebig und weniger weit-sichtig als im Bereich der Außenpolitik. Ruhe an der Ärzte- und Patientenfront war ihm wichtiger als die Durchsetzung eines unpopulären Gesetzentwurfs. Verabschiedet wurde im Bundestag schließlich ein Gesetz, das mit dem ursprünglichen Entwurf nur noch wenig gemein hatte und die Leistungen der Krankenversicherung zunächst bis zu eineinhalb Jahre verlängerte.

Gerade die grundsätzlichen Gegensätze, wie sie bei den Diskussionen um die letztlich gescheiterte Krankenversicherungsreform innerhalb der CDU-Führungsriege zum Ausdruck kamen, zeigen an, wie es in der dritten Legislaturperiode um die innere Einheit und die geistig-programmatische Geschlossenheit der Union bestellt war. Die feste weltanschauliche Basis, die die Volkspartei in der Gründungs- und Aufbau-phase über alle konfessionellen und gesellschaftlichen Schranken hinweg zusammengeschweißt hatte, begann sich zu lockern. Schon 1956 war deshalb auf dem Stuttgarter Parteitag das „C“ im Parteinamen diskutiert worden. Daß die CDU eine „Weltanschauungspartei“ sei, leider zu wenig Mitglieder habe⁷³ und nicht zu einer reinen „Wählerpartei“ oder einer Partei „aller möglichen Lobbyisten“⁷⁴ verkommen dürfe, wurde nicht nur von Adenauer immer wieder beschworen, sondern auch von anderen, vor allem vom „Chefideologen“ Gerstenmaier⁷⁵ mit eindrucksvoller Argumentation vertreten.

69 Nr. 17 S. 843.

70 Nr. 17 S. 830.

71 Nr. 17 S. 843.

72 Nr. 10 S. 454.

73 Nr. 11 S. 541.

74 So Adenauer Nr. 15 S. 707.

75 Vgl. Nr. 19 S. 897.

Die im Vorstand um die weltanschauliche Ausrichtung der Partei geführten Diskussionen waren einerseits ein Reflex allgemeiner Zeitströmungen, denn in der Gesellschaft verflachte der starke christliche Impuls der unmittelbaren Nachkriegszeit, und dies konnte in der christlich orientierten Volkspartei nicht ohne Rückwirkung bleiben. Gottesdienstteilnahme und Beteiligung am Gemeindeleben schwächten sich statistisch faßbar ab.⁷⁶ Andererseits stellte sich im Sog, der der erfolgreichen Adenauer-Partei höchst unterschiedliche Wählerschichten und kleinere Parteien zugeführt hatte, die Frage nach dem weltanschaulichen Fundament neu. Denn diese Gruppierungen veränderten das Gesicht und das innere Gefüge der Partei und stellten sie vor bislang unbekannte Herausforderungen. Die CDU schien sich mit ihrem Erfolg auf den Weg zu einer „Allerweltpartei“ zu begeben und eine tiefere weltanschauliche Durchdringung ihrer Klientel zugunsten einer breiteren Ausstrahlung und einem raschen Wahlerfolg zu opfern. Schließlich, und nicht zuletzt, gab es Bestrebungen, die Partei für die Zeit nach Adenauer zu rüsten.

Daß der Zustand der Partei zu Sorgen Anlaß gab, wurde allgemein beklagt. Dabei wurde „Parteimüdigkeit nicht nur beim allgemeinen Wählervolk, sondern z.T. auch in unseren eigenen Reihen“ festgestellt⁷⁷, die „Lethargie“ habe auch die Landesvorsitzenden erfaßt⁷⁸, die Uneinigkeit sei so groß, daß man nicht mehr von einer Partei reden⁷⁹ und nur noch „verbittert“⁸⁰ sein könne; seit langem sei die Partei nicht mehr lebendig, und es gebe „keine konstruktive Auseinandersetzung über politische Fragen“ mehr⁸¹. Adenauer antwortete auf die selbstgestellte Frage: „Haben wir überhaupt eine Bundespartei?“ in lapidarer Kürze: „Nach meiner Meinung haben wir keine Bundespartei.“⁸² Diese Klagen standen in merkwürdigem Kontrast zur Debattierfreudigkeit der Vorstandsmitglieder; sie entsprangen wohl eher dem Gefühl konzeptioneller Hilflosigkeit und unzureichender politischer Gestaltungsmöglichkeiten.

Eine der Ursachen für den Verlust an „geistig-kultureller Substanz der Partei“ und für die mangelnde Geschlossenheit⁸³ wurde in den absoluten Mehrheiten gesehen⁸⁴, aber auch in der Tatsache, daß sich die Entscheidungsmechanismen vom Parteivorstand als „Querverbindung“ zwischen Bund, Land und Gemeinden⁸⁵ hinweg in andere Gremien und Institutionen verlagert hatten. Albers sprach aus, was viele

76 Vgl. Karl SCHMITT: Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1989, insbes. S. 193-225.

77 Nr. 11 S. 539; so auch Adenauer Nr. 9 S. 419 und Dichtel S. 422.

78 Nr. 11 S. 540; in der 18. Sitzung war der Parteivorstand sogar nicht beschlußfähig!

79 Nr. 16 S. 748.

80 Nr. 17 S. 815.

81 Nr. 9 S. 417.

82 Nr. 9 S. 397.

83 S. auch Nr. 12 S. 589.

84 Nr. 9 S. 423.

85 So Fritz Hellwig Nr. 4 S. 220.

dachten: Der Vorstand tage zu selten⁸⁶, und im übrigen habe jetzt „die Fraktion die Aufgabe des Bundesparteiausschusses, und das Bundeskabinett hat heute die Aufgabe des Bundesparteivorstandes“⁸⁷.

In der von Adenauer schon in der ersten Sitzung am 19. September 1957 angemahnten Reformdebatte ging es mit Blick auf die bevorstehenden Wahlkämpfe und den Erfolg der CDU auch für die weitere Zukunft vor allem um zwei Ziele: um Steigerung der Attraktivität der Partei im Wettbewerb mit der SPD und um die Anpassung der Organisation an die gesellschaftliche Entwicklung.

Der Vorsitzende definierte für seine Partei stets ein Hauptziel sowohl im Bund wie in den Ländern: bei Wahlen die bessere Alternative zu sein und die SPD auf die Ränge zu verweisen. Ein harmonisches Zusammenarbeiten mit der anderen großen Partei, gleichgültig auf welcher Ebene, war ihm deshalb suspekt, denn woher sollte der Wähler „dann die Kraft nehmen, um bei der Bundestagswahl in der Sozialdemokratie den Gegner der CDU zu sehen, den er mit seiner Stimme besiegen muß?“⁸⁸ Daß die Formulierung einer attraktiven Alternative zur SPD zunehmend schwieriger werden würde, war Adenauer wohl bewußt. Zu den großen umstrittenen Themen: wirtschaftlicher Aufbau, Westbindung, NATO, Wehrpflicht, „wird man nicht mehr sehr viel sagen können“⁸⁹, so seine Überlegung. Aus diesem Grund beobachtete er sämtliche Aktivitäten des parteipolitischen Gegners mit Argwohn, ob es das Godesberger Programm von 1959 oder Wehners deutschlandpolitische Wende vom 30. Juni 1960 war. Auch der Versuch der SPD, mit der katholischen Kirche in einen Dialog einzutreten, traf auf den entschlossenen Widerstand des CDU-Vorsitzenden.

Spätestens mit dem hohen Wahlsieg der Union 1957 war der SPD klargeworden, daß sie ihre politischen Ziele auch mit anderen weltanschaulichen Positionen in Übereinstimmung bringen müsse, um nicht auf Dauer auf den harten Oppositionsbänken zu verharren. Sie begann deshalb eine verstärkte Programmdiskussion mit der Absicht der Öffnung auch für jene Kreise, die ihr bis zu diesem Zeitpunkt verschlossen geblieben waren. Diese Tendenz korrespondierte mit dem Bemühen einiger katholischer Gruppierungen, für ihre Zielvorstellungen, insbesondere auch in sozialen Fragen, eine breitere gesellschaftliche Basis zu gewinnen. Adenauer verfolgte diese Entwicklung, die auf einer Tagung der Katholischen Akademie in München mit großem Medienecho im Januar 1958 einsetzte, mit „größten Sorgen“⁹⁰. Für ihn war dies „eine rein parteipolitische Falle ..., auf die man katholischerseits hereingefallen

86 „Ich bin dankbar, daß ich die Einladung zur zweiten Sitzung des Bundesvorstandes in diesem Jahr bekommen habe“ – Nr. 9 S. 416.

87 Nr. 9 S. 415.

88 Nr. 2 S. 58.

89 Nr. 12 S. 587.

90 Nr. 2 S. 79.

ist“.⁹¹ Nicht nur die Resonanz, die diese Tagung in den Medien fand, stimmte ihn und andere Vorstandsmitglieder so bedenklich – mit Gerstenmaier stritt er sich allerdings wieder einmal über die Bewertung dieses Treffens; seine scharfe Reaktion entsprang auch der Sorge, die schon bei der Beurteilung der von DGB und SPD unterstützten Anti-Atomtodbewegung und anderen Aktionen zum Ausdruck gekommen war: Man könne den Einfluß auf Intellektuelle und auf die öffentliche Meinung sukzessive verlieren, „denn diese Führungsschicht ist am gefährlichsten für Pendelschläge in der Politik“⁹².

Die Sorge um die Intellektuellen und die öffentliche Meinung durchzieht die Protokolle wie ein roter Faden, zumal es der SPD gelang, mit ihren vielfältigen Aktivitäten und mit der Besetzung zukunftssträchtiger Themen⁹³ die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen und so neue Wählerschichten anzusprechen. Den Wirbel, den die SPD gerade im Bildungswesen, „kräftig unterstützt von der Presse seit dem Jahre 1956 bis heute veranstaltet hat“, so daß sie „so langsam glaubhaft als die Partei des Geistes dasteht“⁹⁴, versuchte Adenauer durch eine darauf abgestellte Programmplanung zu neutralisieren. In der Debatte am 22. Mai 1960 über einen kulturpolitischen Kongreß differierten die Vorstellungen im Bundesvorstand erheblich. Während Adenauer die „Zukunft der kleinen Leute“, Ausbildung, Berufsschule und Arbeitswelt, die „Erziehungsaufgabe zur Arbeit“⁹⁵ vor dem Hintergrund nachlassender Arbeitsmoral, die den Standort Deutschland gefährde⁹⁶, diskutiert wissen wollte, folgten die übrigen Vorstandsmitglieder – bis auf Gerstenmaier, der sich für „die mittlere und die praktische Intelligenz“ und gegen eine Verakademisierung⁹⁷ aussprach – eher der von der SPD vorgegebenen Linie. Zum Schluß dieser auf verschiedenen Argumentationsebenen geführten Auseinandersetzung stellte der Vorsitzende resignierend fest: „Also, ich verstehe allmählich die ganze Geschichte nicht mehr. – Ich stelle fest, daß Sie damit einverstanden sind“.⁹⁸ Tatsächlich kam es trotz dieser Konfusion im November 1960 zum ersten „Kulturpolitischen Kongreß“, auf dem die Lage von Schule, Bildung und Wissenschaft erörtert wurde. Mit Adenauers ursprünglichen Ideen hatte er aber nur wenig gemein.

* * *

91 Nr. 2 S. 59 – vgl. dazu Karl FORSTER: Entwicklungslinien in den Beziehungen von Kirche und Staat 1949-1963. In: Kirche und Staat in der Bundesrepublik 1949-1963. Paderborn 1979 S. 41-67, insbes. S. 61-63.

92 So Erik Blumenfeld Nr. 3 S. 154.

93 Nr. 19 S. 904.

94 Nr. 14 S. 690.

95 Nr. 14 S. 693.

96 Nr. 12 S. 597.

97 Nr. 14 S. 684.

98 Nr. 14 S. 697.

Grundlage der Arbeit und der personellen Zusammensetzung des Bundesvorstands bildete zunächst das auf dem Stuttgarter Parteitag von 1956 verabschiedete Statut, vor allem § 9.⁹⁹ Demnach war ein Kreis von 47 Mitgliedern fest bestimmt, zu dem die Bundesminister der CDU hinzukamen, so daß der Vorstand aus rund 60 Personen bestand. Schon in der ersten Sitzung nach der Bundestagswahl, also über ein Jahr nach der Verabschiedung, war dieses Statut laut Adenauer revisionsbedürftig. Es dauerte allerdings noch zwei weitere Jahre, bis die rund 200 Mitglieder des Bundesausschusses der Partei am 28. September 1959 den Vorstand beauftragten, zur Aktivierung und Intensivierung der Parteiarbeit einen Vorschlag auszuarbeiten¹⁰⁰, der auch eine Neufassung des Statuts einschloß. Aktueller Hintergrund für die plötzlich verstärkte Beschäftigung mit der Parteireform war die Schwächeperiode der Partei, die nach dem Verzicht ihres Vorsitzenden auf die Präsidentschaftskandidatur offenkundig wurde. Kai-Uwe von Hassel, Josef Hermann Dufhues, Erik Blumenfeld, Franz Meyers u.a. waren die Promotoren, die die Parteiorganisation auf eine neue Grundlage stellen wollten.

Zunächst standen allerdings Überlegungen zur Verbesserung der Arbeit des Vorstands auf der Tagesordnung. Dazu hatten die Landesvorsitzenden auf fünf Sitzungen wesentliche Vorarbeit geleistet.¹⁰¹ Nach ihren Plänen sollten einigen Vorstandsmitgliedern bestimmte Aufgabenfelder zugewiesen werden, die von ihnen aber nicht fachpolitisch, sondern technisch-organisatorisch behandelt werden sollten. Einen ähnlichen Vorschlag brachte auch Dufhues ein; demnach sollten die stellvertretenden Vorsitzenden und die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands bei der Erfüllung dieser Aufgaben von weiteren Mitarbeitern unterstützt werden. Auf breites Verständnis oder gar auf Gegenliebe stießen derartige Vorstellungen nicht, denn auf diese Weise drohten die Fachausschüsse der Partei ins Abseits zu geraten. Gerade sie sollten aber gemäß den Beschlüssen des Stuttgarter Parteitags aktiviert werden, was sich nur unzureichend verwirklichen ließ. Der Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske sah also in diesem Vorschlag keineswegs den gewünschten Effekt zu größerer Koordination der Arbeit; vielmehr befürchtete er einen verstärkten Trend zur „Atomisierung“¹⁰². Unterstützt wurde er in seinen Bedenken von Alois Zimmer, der in der Existenz von Arbeitskreisen der Bundestagsfraktion, von Fachausschüssen und der projektierten Neuorganisation einen wachsenden Kompetenzwirrwarr prognostizierte.¹⁰³ Da man sich zunächst nicht einigen konnte, auch wegen der Unklarheiten hinsichtlich der personellen Besetzung, beschloß man, über die Vorschläge nachzudenken und dann nochmals zu verhandeln.

⁹⁹ Vgl. PROTOKOLLE 2 S. XXIVf.

¹⁰⁰ Nr. 10 S. 451 Anm. 36; vgl. auch KOERFER S. 370-372.

¹⁰¹ Nr. 10 S. 462.

¹⁰² Nr. 10 S. 463.

¹⁰³ Nr. 10 S. 484.

Die 11. Sitzung am 25. November 1959 war ganz diesem Thema der Neuorganisation gewidmet, ein Zeichen dafür, unter welchem Reformdruck die Partei stand. Zur „Aktivierung und Intensivierung der Arbeit des Bundesvorstands und des geschäftsführenden Vorstands“ wurde tatsächlich ein Organisationsplan mit sieben Arbeitsbereichen verabschiedet¹⁰⁴:

1. Blank: Soziales und Arbeitnehmer
2. Gerstenmaier: Universitäten, studentische Jugend, geistige Berufe
3. von Hassel: Wahlen, Landwirtschaft, Vertriebene und Flüchtlinge
4. Krone: Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion, katholische Verbände
5. Kiesinger: Jugend, Familie, Frauen
6. Meyers: Organisation, Werbung, Propaganda
7. Schröder: Wirtschafts- und Berufsverbände, evangelische Verbände, kommunale Spitzenverbände, Sport

Durchschlagenden Erfolg scheint diese Konstruktion nicht gehabt zu haben, denn sie verschwand bald nach ihrer Kreation wieder in der Versenkung. Von ihrer flüchtigen Existenz waren die Bundesfachausschüsse, deren Zahl von 16 im Jahr 1957 auf elf im Jahr 1959 reduziert wurde¹⁰⁵, kaum berührt; ihre Arbeit sollte weiterhin inhaltlich in die Breite der Partei und in die Landesverbände hineinwirken. Wie kompliziert deren Zusammensetzung war, demonstrierte Franz Etzel am Beispiel des von ihm geleiteten wirtschaftspolitischen Ausschusses. Seine Mitglieder sollten nicht nur einen Querschnitt durch alle Wirtschaftszweige darstellen; auch das regionale und parlamentarische Prinzip, die Vertretung der Verbände und nicht zuletzt das Bundeskabinett waren bei der Zusammensetzung zu berücksichtigen.¹⁰⁶

Schließlich verabschiedete der 9. CDU-Bundesparteitag, der vom 26. bis 29. April 1960 in Karlsruhe tagte, am 27. April 1960 ein geändertes Statut. Der zu schaffende engere Vorstand sollte eine größere Schlagkraft als der zu umfangreiche eigentliche Vorstand erhalten. Nach § 26 des neugefaßten Statuts bestand er nur aus den Vorsitzenden und 16 weiteren Mitgliedern.¹⁰⁷ Doch schon bei den Überlegungen über seine Zusammensetzung stellte sich heraus, daß diese Zahl zu niedrig war, um sämtlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Ohne großes Aufheben setzte man deshalb die Zahl auf zunächst 18 herauf, wobei durch Bestellung von Luise Rehling als dem evangelischen Pendant zu Aenne Brauksiepe und der Kooptation des neuen Bundesschatzmeisters Fritz Burgbacher sogar 20 Mitglieder plus den Vorsitzenden

¹⁰⁴ Nr. 11 S. 525-528, 537, 543.

¹⁰⁵ KLEINMANN S. 208.

¹⁰⁶ § 26: Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei. Er führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesausschusses durch. Er wählt aus seiner Mitte einen engeren Vorstand, dem die Vorsitzenden und 16 weitere Mitglieder angehören. Der engere Vorstand erledigt die laufenden Arbeiten. Der Bundesvorstand wählt den Bundesgeschäftsführer. Der Bundesgeschäftsführer leitet die Bundesgeschäftsstelle und ist dem Bundesvorstand verantwortlich.

¹⁰⁷ Nr. 11 S. 548-550.

Adenauer, Blank, Gerstenmaier und von Hassel zu verzeichnen waren.¹⁰⁸ Damit war das zweite Dutzend voll.

Die Konstituierung eines weiteren Gremiums, des sogenannten Wahlgremiums, das die bevorstehenden Wahlen, vor allem die Bundestagswahlen von 1961 gründlich vorbereiten sollte¹⁰⁹, deutete darauf hin, daß der Bundesvorstand und die Partei versuchten, dem so oft beklagten geringen Organisationsgrad und den mit zunehmender Verästelung der Politik einhergehenden Orientierungsproblemen durch die Konstituierung einer ganzen Reihe unterschiedlicher Kreise zu begegnen. Ob mit dieser Vielzahl das Ziel, das Dufhues 1960 formulierte, eine „kompetente, mit Autorität ausgestattete, bewegliche und schnell verfügbare Führungsspitze“ zu schaffen¹¹⁰, erreichbar war, mag dahingestellt bleiben. Möglicherweise sah Adenauer eine derartige Zersplitterung der Kompetenzen gar nicht ungern, war doch damit eine Machtkonzentration in einer Hand, die ihm vielleicht hätte gefährlich werden können, von vornherein verhindert.

Der Aktionismus jener Jahre deutet andererseits aber auch an, daß die Bandbreite der Parteiaufgaben mit der anfangs so effektiven Spitze eines mit großer persönlicher Autorität und politischem Prestige ausgestatteten Vorsitzenden, der gleichzeitig Bundeskanzler war, nicht mehr zu bewältigen war. Die logische Konsequenz aus dieser Erkenntnis war die Bestellung eines geschäftsführenden Vorsitzenden im Jahr 1962.

* * *

Die Einrichtung der Edition folgt den für die ersten beiden Bände der CDU-Vorstandsprotokolle gegebenen Regeln¹¹¹; sie brauchen deshalb nicht im Detail wiederholt zu werden.

Wesentlich ist: In die Kopfregeisten sind in der Regel nur die Sprecher aufgenommen. In eckige Klammern wurden jene Teilnehmer gesetzt, die zwar nicht selbst das Wort genommen haben, wohl aber als Anwesende erwähnt oder begrüßt worden sind.

Die Texte beruhen ausschließlich auf der im ACDP archivierten Protokollserie. Die Protokolle sind wörtlich und ungekürzt abgedruckt. Nur in einigen marginalen Fällen, wie z.B. bei unvollständigen Sätzen, sind Ergänzungen angebracht worden; diese sind in jedem Fall durch eckige Klammern ausgewiesen. Offenkundige Hör- und Schreibfehler wurden stillschweigend berichtigt, fehlerhafte Orthographie, Grammatik und Interpunktion dem heutigen Gebrauch entsprechend korrigiert. War die Abweichung von der richtigen Schreibung (etwa bei Namen) allzu groß, weist eine Anmerkung („in der Vorlage“) eigens auf den Eingriff hin.

108 Nr. 14 S. 670-675.

109 Nr. 15 S. 729f.

110 KLEINMANN S. 208.

111 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. XXIV-XXVII.

Die stenographischen Mitschriften entsprechen sicher nicht in allen Nuancen jedem tatsächlich gesprochenen Wort; die Überprüfung von Zeitungsberichten, die hin und wieder in den Sitzungen verlesen wurden, ergab in Einzelfällen geringfügige Abweichungen, die nach dem Originaltext stillschweigend berichtigt worden sind. Ebenfalls stillschweigend korrigiert wurden fehlerhafte bzw. sinnlose Transkriptionen aus dem Stenogramm. Protokollführer war in der Regel Willy Schlarb, einer der rheinland-pfälzischen Parlamentsstenographen; einige Mitschriften stammen von Franz Xaver Butterhof aus dem Stenographischen Dienst des Deutschen Bundestages.

Die Kurzbiographien in den Anmerkungen beruhen im wesentlichen auf den Angaben der einschlägigen Nachschlagewerke; ein Nachweis im Einzelfall ist nicht geführt. Wenn die Vita einer Person im ersten oder zweiten Band der Vorstandsprotokolle bereits ausführlich behandelt ist, werden im allgemeinen nur noch Mandate oder Funktionen erwähnt, die der Betreffende zum Zeitpunkt der dritten Legislaturperiode, die dieser Band umfaßt, innehatte; ansonsten ist auf Band 1 oder 2 verwiesen, der mit dem Kurztitel PROTOKOLLE 1 bzw. 2 zitiert ist.

Literaturangaben sind bewußt sparsam zitiert worden, da nach aller Erfahrung zeitgeschichtliche Literatur recht schnell überholt ist.¹¹² Auch ist nicht in jedem Einzelfall der Hinweis auf die Memoiren von Adenauer erfolgt, der bei deren Niederschrift die Vorstandsprotokolle intensiv benutzt hat. Gleiches gilt für die Bände der „Teegespräche“ Adenauers mit seinen, den Formulierungen in den Lageberichten der Vorstandssitzungen oft fast identischen Ausführungen, vornehmlich zur Außenpolitik.

Im Literaturverzeichnis schließlich finden sich nur die in den Anmerkungen mehrfach erwähnten Titel, während nur einmal zitierte Veröffentlichungen im jeweiligen Zusammenhang mit der vollständigen bibliographischen Angabe nachgewiesen sind.

* * *

Zu danken habe ich Herrn Ludger Gruber und Frau Marlies Roosen, die das Sach- bzw. Personenregister besorgten, sowie Herrn Professor Dr. Rudolf Morsey, der sich wieder der Mühe unterzogen hat, das umfängliche Manuskript kritisch durchzusehen. Vor allem aber gebührt mein Dank Herrn Professor Dr. Hans-Otto Kleinmann und den Mitarbeitern des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, insbesondere Frau Ricarda Hoppenstedt, Frau Monika Küster, Herrn Paul Nachtsheim sowie Frau Julia Rosenkranz, die wesentliche Vorarbeiten für die Kommentierung geleistet haben.

Günter Buchstab

¹¹² Standardwerke, Handbücher und Übersichten wie von DOERING-MANTEUFFEL, HILLGRUBER, MORSEY und SCHWARZ usw., die Memoiren Adenauers oder die Protokolle der Teegespräche sind nicht immer eigens zitiert.